der Freitag

23.01.2011 13:39 Robert Zion

Über den Zustand eines Landes und seiner Armee

Alle Jahre wieder... steht im Bundestag die Verlängerung des Afghanistan-Mandats an. Doch die deutsche Öffentlichkeit streitet sich lieber über Meutereien oder geöffnete Feldpost, statt über das Abrutschen Deutschlands in einen stetig eskalierenden, schmutzigen und völkerrechtlich unhaltbar gewordenen Krieg.

Von Robert Zion

Zunächst die nackten Zahlen. Seit Beginn des Krieges in 2001 sind bisher insgesamt 2.271 Nato-Soldaten ums Leben gekommen, darunter 46 Soldaten der Bundeswehr und drei deutsche Polizisten. In den von der Webseite WikiLeaks im Juli 2010 veröffentlichten Berichten des „Afghan War Diary“[1] aus den Jahren 2004 bis 2009 wurden insgesamt 24.155 Tote im Zusammenhang mit dem Krieg numerisch erfasst.

Das nun von der Bundesregierung vorgelegte Mandat – und das ist ein Novum – „verspricht“ nun noch weitere vier Jahre des „Tötens und töten Lassens“[2]. Mindestens. Denn was von den Abzugsbekundungen bis 2014 tatsächlich zu halten ist, haben die Kanadier erfahren, deren Parlament den vollständigen Abzug in 2011 beschlossen hatte. Die konservative Regierung kassierte den Beschluss, wie es heißt, soll dieser „Kompromiss“ den Druck der Alliierten und hier vor allem der USA auf Ottawa mildern.[3] Was zählt da noch der Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission, deren Ergebnis dem kanadischen Parlament als Grundlage für seine Entscheidung diente?

Ob es sich nun um das illegale Gefängnis Bagram[4] handelt, vom roten Kreuz als „Folterlager“[5] bezeichnet, den Einsatz von Streubomben[6], von Phosphormunition[7] und schwerer Artillerie durch die Bundeswehr[8], oder um die Menschenjagden[9] in Afghanistan - unter der Führung und dem Druck der USA rutschen die Bündnispartner weiter in einen eskalierenden Konflikt, der zur Folie eines postdemokratischen Krieges wird, der das

---

[1] http://blog.0x0lab.org/2010/08/afgan-war-diary-in-numbers/

[2] http://www.sueddeutsche.de/politik/afghanistan-wikileaks-dokumente-toeten-und-toeten-lassen-1.981189

[3] http://www.fr-online.de/politik/spezials/einsatz-in-afghanistan/abzug-ja--aber-wann-/-/1477334/4850674/-/index.html

[4] http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,632382,00.html

[5] http://newstoaster.de/news/militaergefaengnis-bagram-rotes-kreuz-bestaetigt-zweites-geheimes-folterlager

[6] http://www.tagesschau.de/ausland/streubomben126.html

[7] http://www.offiziere.ch/?p=5139

[8] http://www.bild.de/BILD/politik/2010/07/11/afghanistan-bundeswehr-setzt-artillerie-ein/neue-panzerhaubitzen-in-kunduz.html

[9] http://www.youtube.com/watch?v=WrNWthzdJVY

humanitäre Völkerrecht missachtet, wie Caritas International feststellt[10], und zudem die Kontrollfunktion und demokratische Hoheit der Parlamente unterläuft.

„Lasst uns nicht zu dem Übel werden, das wir beklagen“, so die demokratische Kongressabgeordnete Barbara Lee, die als einzige von 421 Kongressabgeordneten gegen die Intervention in Afghanistan stimmte, in ihrer Rede am 14. September 2001 vor dem US-Kongress.[11] Barbara Lee wurde von der konservativen deutschen Presse[12] deshalb als „Mutter Courage“, „Hinterbänklerin“, „unverbesserlich“ und „stur“ denunziert. Dieselbe Presse übrigens, die heute Verteidigungsminister zu Guttenberg nach dem Munde schreibt. Nichtsdestotrotz hat Barbara Lee mit ihrer eindringlichen Mahnung vom September 2001 recht behalten: "Es muss doch jemanden geben, der jetzt sagt: Lasst uns einen Moment einhalten und gründlich die langfristigen Folgen unserer Aktionen überdenken, damit nichts außer Kontrolle gerät." Ja, es muss jemanden geben – und sei es nur eine einzige von 421 Parlamentariern.

Bleibt die Frage, wer von den bisherigen Befürwortern im Deutschen Bundestags bei der anstehenden Mandatsverlängerung endlich das Scheitern eingesteht und die Fraktionszwänge, Legitimations-Diskurs-Blasen und die die Urteilskraft der Bevölkerung zutiefst missachtenden Image-Kampagnen der Bundesregierung durchbricht. Denn gemäß der – zumindest diskursiv – gesetzten Zielen von Demokratie, Frauenemanzipation, Wohlstand etc., ist dieser Einsatz vollständig gescheitert. Schon länger hat in ihm und an ihm die Erosion der eigenen demokratischen und humanitären Prinzipien begonnen – und dies nicht erst seit dem von der Bundeswehr zu verantwortenden „Massaker“ (Jürgen Todenhöfer) von Yakob Baj nahe Kunduz am 04. September 2009.

Deutschland – ein Land im Krieg. Der aber aufgrund verfassungsrechtlicher Konsequenzen nicht so genannt werden darf. Auch dies trägt zum Verfall einer bundesrepublikanischen Tradition bei, die versucht hat die Lehren aus zwei Weltkriegen zu ziehen, und die ohne die Basis der historischen Redlichkeit, des Lernwillens und einer ehrlichen Auseinandersetzung mit dem deutschen Militärismus ernsthaft in Gefahr gerät. Nein, geraten ist. Ein neokonservativer deutscher Verteidigungsminister hat es in der Tat geschafft, über eine Boulevardisierung des Diskurses einer neuen, vermeintlich sanfteren Version des Militarismus Raum zu verschaffen. Erschreckend, dass und wie ein Großteil der deutschen Medien darauf anspringt. Deutschland, dein Wintermärchen in 2010/2011.

Das NATO-Großprojekt Afghanistan ist aber nun einmal weit weg vom deutschen „Wutbürger“. Auch, weil erstaunlich wenig Bilder aus Afghanistan ihren Weg in die demokratische Öffentlichkeit hierzulande finden. Die Bilder der zehntausende von Toten bleiben Verschlusssache. An jedem Fernsehabend werden den Menschen in Spielfilmen mehr Bilder von Toten zugemutet, als aus dem gesamten Afghanistan-Krieg seit 2001 bisher. Das sind die kommunikationsstrategischen Lehren aus Vietnam. Auch darum wird der Bundestag in der kommenden Woche einen Kriegseinsatz bis 2014 verlängern, der mittlerweile genauso falsch – und aussichtslos – geworden ist, wie der in Vietnam. Und er wird dies nahezu aus den

---

[10] http://www.caritas-international.de/55624.html

[11] http://www.youtube.com/watch?v=Zh_sxilhyV0&feature=player_embedded

[12] http://www.welt.de/print-welt/article478646/Allein_gegen_alle_Barbara_Lee_stimmte_gegen_Praesident_Bush.html

gleichen Gründen tun, zur eigenen Gesichtswahrung, um sich das Scheitern nicht eingestehen zu müssen.

„Eine Kultur des Scheiterns ist nicht vorgesehen“, so der Kabarettist Georg Schramm.[13] Doch dort am Hindukusch scheitert gegenwärtig nicht nur dieser Einsatz, es scheitert viel mehr: ein gutes Stück liberaler, friedenspolitischer und demokratischer Kultur der Bundesrepublik. In der Sprache der Militärstrategen gibt es den Begriff „mission creep", um die schleichende Ausweitung von Einsätzen zu bezeichnen. Dieser trifft mittlerweile auf die politische Verschiebung hin zum militärischen Paradigma in der Außenpolitik hierzulande ebenso zu.

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/ueber-den-zustand-eines-landes-und-seiner-armee

[13] http://www.youtube.com/watch?v=9YUDvAnoM7I

der Freitag

28.01.2011 Robert Zion

Legal? Illegal? Sch....egal!

Drucksache 17/4402, heute am Freitag, den 28.01.2011 von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit großer Mehrheit durchgewunken. Die Fortsetzung eines Krieges im NATO-Verbund in Afghanistan, der zwar mittlerweile auch so genannt wird, der aber immer noch keiner sein darf. Denn dann müsste man sich an das humanitäre Kriegsrecht halten. De facto ist es ein schwarzer Tag in der Geschichte des bundesrepublikanischen Parlamentarismus, der eben mal genau das über Bord wirft, was wir *wirklich* verteidigen müssten, statt die „Freiheit am Hindukusch".

Vielleicht braucht es ja einer Gruppe von Kirchenleuten und Wissenschaftlern, die der oft verschleiernden Sprache der Berufspolitik nicht mächtig sind, um das hierzulande schwer Ansprechbare dann doch anzusprechen: „Selbstverständlich sollten leichtfertige Vergleiche mit früheren deutschen Kriegen vermieden werden, wohl aber sollten die Erfahrungen als Warnschilder dienen. Die deutsche Wehrmacht hatte im Zweiten Weltkrieg, obwohl sie und ihre Nachfolger bekanntlich bis heute für 'sauber' plädieren, den berüchtigten geheimen 'Kommissarsbefehl' zu verantworten. Der bestand in nichts anderem als in 'gezielten Tötungen' von tatsächlichen oder vermeintlichen aktiven Kommunisten hinter der Ostfront auf bloße Denunziation hin. Heute häufen sich in Afghanistan Meldungen über 'Vorfälle' mit internationalen Eliteeinheiten, die sehr ernste 'Rutschgefahren' signalisieren. Auch wenn die Bundeswehr selten direkt beteiligt sein sollte, sitzt sie im gleichen Boot."

Oder zweier Grüner Abgeordneter, die nicht nur mit „nein" stimmten, sondern dies auch noch begründeten: „Die US-Streitkräfte verstärken den Offensivkrieg im Rahmen der „Counter Insurgency" durch extralegale Hinrichtungen in nie gekanntem Ausmaß. Hunderte von Zielpersonen werden Opfer von Kommandooperationen. Immer mehr unbemannte Drohnen werden in Afghanistan und im angrenzenden Pakistan eingesetzt. Die USA verweigern jede nähere Auskunft zu diesen Operationen. Aber nach Medienberichten soll nur etwa ein Drittel der Getöteten zu den Aufständischen gehört haben. Laut der New York Times gab es 2010 sechsmal mehr solcher Kommando-Operationen. Auch die Bundeswehr unterstützt dies, indem sie Zielpersonen für die Targeting-Listen von ISAF bzw. NATO benennt und nimmt so billigend in Kauf, dass die Gelisteten Opfer von extralegalen Tötungen werden."

Ganz konkret geht es um schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht. Gegen die Genfer Abkommen von 1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen und über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, gegen die Zusatzprotokolle von 1977 zu diesen Abkommen über den Schutz der Opfer in internationalen und in nicht-internationalen bewaffneten Konflikten. Es geht um schwere Verstöße gegen den Pakt über bürgerliche und politische Menschenrechte von 1966 und nicht zuletzt Verstöße gegen das Übereinkommen gegen Folter von 1984.

Und der gigantische Militärstützpunkt Bagram, in der Vorlage der Bundesregierung nicht mit einer Silbe erwähnt, wird wohl bleiben – inklusive Foltergefängnis. So deutet es das im im Bundestag verabschiedete Mandat an, in dem von einer "anschließenden langfristigen Partnerschaft der NATO mit Afghanistan" die Rede ist. Alternative Anträge zur Entschließung gab es nicht, von keiner Fraktion. Wie wollen denn die Mehrheit unserer Volksvertreter diesen Krieg weiter mit der Durchsetzung von Rechtsprinzipien begründen,

wenn er offensichtlich unter dem fortgesetzten Bruch dieser Prinzipien geführt wird? Wo gehobelt wird, da fallen Späne? Hier gelten diese Prinzipien nicht?

Was ist das eigentlich in Afghanistan? Was ist das jetzt genau? Es gibt einen klugen europäischen Philosophen, der dies vorhersah, genau analysiert hat: „Die imperiale Souveränität schafft Ordnung, (...) indem sie ein Regime aus Disziplinaradministration und politischer Kontrolle einsetzt, das direkt auf einer permanenten Kriegsführung basiert. (...) Der Krieg als Fundament der Politik muss selbst Rechtsformen einschließen, ja, er muss neue prozedurale Formen des Rechts schaffen. (...) Während er also früher durch rechtliche Strukturen *geregelt* war, wird der Krieg nun selbst *regelnd*, indem er sein eigenes Rechtsgefüge ein- und durchsetzt.“ In Afghanistan gibt es keine Verbrecher, es gibt keine Kombattanten – es gibt „Ziele“.

Und darum wird in Afghanistan nichts verteidigt, dort wird die globale „Sicherheitspolitik“ von morgen und ein neues Rechtsgefüge konstruiert. Die Rolle, die die Bundesrepublik Deutschland darin einnehmen wird, haben die Abgeordneten im Bundestag schon mal mit vorgezeichnet. Weitestgehend entpolitisiert in ihrer Wahrnehmung der Prozesse, in die dieses Land hineingerutscht ist, sich hat hineinziehen lassen. Und so sind sie unfähig gewesen, der Verantwortung der Deutschen gegenüber ihrer Geschichte überhaupt gerecht zu werden. Aber damit sind sie nicht allein. Auch das Versagen der Medien ist nüchtern festzustellen. Und so verlieren wir nicht nur absehbar einen Krieg, sondern auch noch uns selbst. Aber vielleicht ist dieses neue Selbst ja doch nicht so viel gewesen, wie es in unzähligen Sonntagsreden – von Politikern in diesen Medien – jahrzehntelang beschworen wurde.

Bravo, meine Damen und Herren Abgeordneten! Al Qaida, obwohl in Afghanistan nicht mehr von Bedeutung, hat gewonnen. Genau das wollten die! Unsere eigenen Grundsätze den Generälen überantwortet. Den Träger dieser Grundsätze, die Vereinten Nationen, zum Stichwortgeber für ein Militärbündnis degradiert. Wieder einen jener Despoten installiert, gegen die die Menschen in Tunesien und Ägypten gerade auf die Straße gehen.

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/legal-illegal-schegal

Neues Deutschland

04.03.2011 / Inland / Seite 5

Der Ruhmesrausch

Markige Sprüche, schneidiges Auftreten, ein wenig Boulevard und ganz viel Pathos

Von Robert Zion

Es fällt einem leichter, sich wie ein Ferkel zu verhalten, wenn man die Welt von vornherein zu einem Schweinestall erklärt. Dies ist eine etwas robustere Formulierung des neokonservativen Credos, dass die Doppelmoral machtpolitisch durchaus angemessen sei: untereinander verhalten wir uns korrekt, doch gegenüber dem Gegner müssen wir nicht so sehr auf unsere Prinzipien achten. Nachzulesen u.a. bei Robert Kagan und Samuel P. Huntington.

Dann gibt es da noch das Phänomen Berlusconi, das definitiv zu dem Beschämendsten gehört, was Europa in den letzten Jahrzehnten zu bieten hatte, das »Das-ist-docheiner-von-uns-Phänomen«. Bei Guttenberg liegt die Sache noch einmal anders. Da ist zum einen, frei nach Tissy Bruns, der Effekt, dass dessen »Blendwerk« bei der allgemeinen Düsternis innerhalb der Politik natürlich besonders leuchten konnte. Zum anderen ist da aber auch eine schier unglaubliche Veroberflächlichung der Politik am Wirken gewesen. In der Regel lief das unter »nicht um den heißen Brei herum« bzw. »Klartext« reden.

»Das größte Talent in der deutschen Politik seit langem«, so ein Großteil der Medien unisono, hat da ziemlich ernste Fragen konsequent auf Stammtischniveau zurechtgestutzt, garniert mit einer gestelzten Sprache, die sich dann wie ein Schicht Blattgold um die hohlen Begriffe schmiegte und ihnen den Glanz des Einmaligen verlieh.

Wir sind also nach Guttenberg im »Krieg«. Ja und, was folgte nun daraus? Wenn es so wäre, gäbe es massive verfassungsrechtliche Konsequenzen. Die Befehls- und Kommandogewalt ginge auf die Bundeskanzlerin über, Wahlen dürften nicht stattfinden, die Bundeswehr müsste sich im NATO-Verbund an das humanitäre Kriegsrecht halten. Und da nichts von dem gewollt ist und geschehen wird, war und ist das nichts weiter als pathetisches Geschwätz und – eben – Blenderei.

Und eine eingeleitete Bundeswehrreform ohne Herleitung und Zielvorstellung, ohne eine gerade hierzulande dringend notwendige ausführliche Debatte über die zukünftige Rolle des Militärs in Deutschland ist einfach nur ein Hasadeur-Spiel. Vom Adel übrigens nicht ganz unbekannt und seit Kleists »Prinz von Homburg« auch zum kulturellen Gedächtnis zählend – eigentlich.

Eine Hoffnung für die Demokratie soll er gewesen sein? Endlich mal einer richtig beliebt! Jetzt wissen wir wenigstens, wie es sich anfühlt, wenn ein Konservativer so richtig beliebt beim Volk ist. Und jeden morgen im Zug zur Arbeit ein wenig noch schläfrige Teilhabe am Glanz des Bewunderten im günstigen Propagandablatt: Markige Sprüche, schneidiges Auftreten, ein wenig Boulevard und ganz viel Pathos. Demokratiesimulation.

Nein, so einfach ist das mit der Demokratie nicht, so einfach darf es nie wieder werden! Schon Machiavelli wusste, dass menschliche Affekte der entscheidende Moment in modernen Republiken sein können. Und entgegen einer verleumdenden Lesart über Jahrhunderte hat er dafür geworben, dass die Politik in sich selbst organisierenden und folglich vollständig eigenverantwortlichen modernen Gesellschaften auch aus einer bewussten Kenntnis eben dieser Affekte erfolgen sollte.

Einer dieser Affekte ist die Ruhmessucht. Nach den Enthüllungen um Guttenbergs Doktorarbeit wissen wir es. Aber man hätte es vorher sehen und wissen müssen. Und wenn der Kater nach dem allgemeinen Ruhmesrausch abgeklungen sein wird, hat diese Demokratie zumindest die Chance, sich wieder ein wenig ernster zu nehmen. Bei allen nicht zu leugnenden Problemen, die sie hat.

Robert Zion ist Grünen-Politiker aus Nordrhein-Westfalen und Vertreter des linken Flügels seiner Partei

der Freitag

01.04.2011 | Robert Zion

Der schleichende Bruch

Briefe an die Ethikkommission, Teil I.

In Fukushima hat die technologisch-ökonomische Basis unserer Kultur ein Leck aus dem die bisher so sicher scheinenden Gewissheiten unserer Politik entweichen.

Von Robert Zion

Das, was in und um die havarierten Reaktoren in Fukushima stattfindet, ist kein Ereignis, sondern ein Prozess, keine technologische Katastrophe, sondern eine schleichende Erosion elementarster Grundlagen unserer Kultur. Nichts zeigt dies deutlicher, als die öffentliche Atomausstiegsdebatte hierzulande, die sich vermeintlich zur Gänze um die „Lehren aus Fukushima“ dreht, allerdings ohne auch nur im Ansatz zur Kenntnis zu nehmen, welcher Prozess dort, am anderen Ende der Welt an der Ostküste Japans, gerade vonstatten geht.

Zuweilen ist es in einer der Dauersondersendungen zu erahnen, wenn einer der rasch in die Öffentlichkeit gezerrten Atomexperten seinen ratlosen, leeren Blick nicht mehr verbergen kann. Die fehlenden Antworten auf die Frage, wie und ob dieser Prozess noch beherrschbar ist, füllen da bereits stumm jenen leeren Raum, in den sich eine ganze Kultur zu verwandeln droht.

Die japanische Kultur ist der Deutschen dabei sehr ähnlich. Auch dort hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg der bis zum bitteren Ende niedergekämpfte Expansionsdrang in einen ökonomischen Wachstumszwang verwandelt, wurde das Gemeinwesen einem ökonomischen Imperativ unterstellt, der beide zu „Exportweltmeistern“, zu Werkbänken für die Welt und „Hochtechnologieländern“ werden ließ. Gesellschaftlich gestützt auf eine an Kant gemahnende Pflichtethik und einem traditionell stark ausgeprägten Obrigkeitssinn.

Nahezu ideale Voraussetzungen für die Anwendung einer Technologie, die mit ihrer stetigen Energiezufuhr nicht nur das oberste Ziel ständig wachsender ökonomischer Prosperität zu garantieren verspricht, sondern die auch sehr viel Vertrauen in die technischen, ökonomischen und politischen Eliten voraussetzt. Doch, was ist eigentlich, wenn diese Eliten, wenn die Atomtechniker, wenn Tepco und die japanische Regierung nicht mehr Herr dieses Prozesses sind, sondern dessen Opfer werden? Was ist, wenn sich dieser Prozess als unbeherrschbar zeigt und damit nicht nur die radioaktiven Isotope, sondern auch die Herrschaftsparadigmen dieser Eliten zerfallen?

„Souverän“, so heißt es beim Deutschen Staatstheoretiker Carl Schmitt, sei am Ende immer noch derjenige, „der über den Ausnahmezustand regiert“. Doch was ist, wenn dieser Ausnahmezustand nicht mehr regiert werden kann? Schon zeigen sich erste Risse im gerade stattfindenden ganz großen Bruch, in Form nicht vorhandener Notfallpläne, in der Weigerung,

das Territorium preiszugeben und zu evakuieren, in sinn- und hilflos wirkenden Opferungen. Hierzulande möchte Bundesumweltminister Röttgen über eine Neubewertung „ethischer Fragestellungen“ reden, wobei dies bereits darauf hinauszulaufen scheint, verzweifelt nach irgendwelchen objektiven Kriterien der noch tragbaren Verantwortung der Regierenden für die Regierten im Angesicht der äußersten Katastrophe zu finden.

Jeder Mensch weiß allerdings als solcher, also als ein mit dem *common sense*, dem gesunden Menschenverstand ausgestattetes denkendes und fühlendes Lebewesen, dass solcherlei Einpreisungen der drohenden massenhaften Zerstörung und genetischen Veränderung des Lebens über „Ethikkommissionen“ nur der blanke Zynismus sein werden. Der Zynismus der Herrschenden gegenüber den Beherrschten hat übrigens eine lange Tradition. „Welch eine Verachtung für das Leben!“ Dies rief Sigmar Gabriel noch bei seiner Bewerbungsrede zum SPD-Parteivorsitz gegenüber der CDU aus. Doch, wo ist eigentlich der Unterschied zwischen Merkel und Gabriel, wenn beide offensichtlich gewillt sind, der Bevölkerung dieses sogenannte Restrisiko noch für einige Jahre zuzumuten? Machen ein paar Jahre tatsächlich einen Unterschied?

In der Tat hat keine Partei ihre Lehren aus Fukushima gezogen. Denn keine stellt die politischen, ökonomischen und kulturellen Gründe der massenhaften Anwendung dieser Technologie in Frage. Nicht deren Herrschaftscharakter und auch nicht den grotesken Vorgang, dass ein aus Fleisch und Blut, also ein aus Materie bestehendes Gattungswesen, eben diese Materie lebenszerstörend aufspaltet und dann glaubt, es könnte das, aus was es gemacht ist, auch noch beherrschen. Hybris ist der Name hierfür, deren hervorstechendstes Merkmal die verloren gegangene Achtung vor sich selbst ist und deren abzusehendes Ende das zu Grunde gehen an den eigenen Herrschaftsphantasien.

Endgültig zu Grunde gehen könnte auch die alte und großartige japanische Kultur, am Ende überantwortet an ein ökonomisches Zeitalter, in der die Selbstachtung vor dem eigenen Leben durch einen ständigen Fluss von Warenströmen als Ersatzbefriedigung abgelöst worden ist. Dem kollektiven Wahn verfallen, dass das Meiste auch das Gute ist, der logischen Absurdität aufgesessen, dass, weil alles per se knapp sei, wir ganz viel vom Knappen haben müssen. Wer das Leben als Überlebenskampf missversteht, der kämpft halt am Ende nur noch ums Überleben.

Es ist abzusehen, dass nicht so rasch aus dieser Technologie ausgestiegen wird – was wir doch eigentlich unmittelbar und endgültig tun sollten. Sofort! Es dürfe kein wirtschaftlicher Schaden entstehen, wird es heißen. Wir werden jetzt ganz viel über Grundlast,

Versorgungssicherheit und Energiepriese vernehmen. Dabei ist diese Art des Wirtschaftens eigentlich schon der Schaden selbst. Sie hat den Bruch mit uns selbst hervorgebracht, bringt ihn fortwährend weiter hervor. So weitgehend mittlerweile, dass selbst unsere Kultur als unsere zweite Natur vor einem Bruch steht. Aus dem Drang nach Selbstbestimmung der Humanisten haben wir eine Art Frankenstein-Labor gemacht, aus der Aufklärung ein Ingenieursprojekt.

Dass alle jetzt „schnellstmöglich“ aussteigen wollen, heißt nichts anderes, als dass uns damit gesagt wird, dass es eben jetzt noch nicht möglich ist. Nicht aus technischen oder ökonomischen Gründen, sondern weil er eine bestimmte Art des Tuns, das wir für gewöhnlich „Wirtschaft“ nennen, nicht einfach so verändern kann. Denn aus ihm ist längst auch das Produkt dieses Tuns geworden. Herbert Marcuse nannte ihn einmal den „eindimensionalen Menschen“. Dieser steht heute als Atomexperte in der Dauersondersendung vor uns mit ratlosem Blick. Ohne Antworten. Weil die Fragen, die er bisher gestellt hat, nur einen eng umrissenen Bereich in einer zugewiesenen Funktion umfassen durften. Dass dies mittlerweile auch in der Politik zu beobachten ist, kann ein sehr schlechtes, aber vielleicht auch ein gutes Zeichen sein. In dieser Ungewissheit und im Zweifel keimt vielleicht noch Hoffnung.

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/der-schleichende-bruch

der Freitag

19.04.2011 | Robert Zion

Fukushima/Japan oder - Sicherheit, Territorium, Bevölkerung

Briefe an die Ethikkommission, Teil II.

Rund um die havarierten Reaktorblöcke in Fukushima verliert der japanische Staat seine Souveränität und opfert einen Teil der Bevölkerung um der Selbstlegitimation willen.

Von Robert Zion

Die Strahlenmessungen, die Greenpeace vorgenommen hat[1], sind erschütternd: auch außerhalb der derzeit gültigen Evakuierungszone sind die Strahlendosen teilweise so hoch, dass dort ein sicheres Leben der Bevölkerung nicht mehr garantiert werden kann. Dennoch weigert sich die japanische Regierung, weiteres Territorium preiszugeben. Das ist nicht weniger als das – offensichtlich für die Regierung hinnehmbare – Todesurteil für einen Teil der Bevölkerung.

Während also noch bei Tschernobyl von einer sozialistischen Technologie und einem totalitären System die Rede gewesen ist, die weder Sicherheit noch Schutz der Bevölkerung garantieren konnten, geschieht dies hier in einem westlichen Hochtechnologieland und einer Demokratie. Das heißt einfach: Es gibt nun keine Ausreden mehr bezüglich des Herrschaftscharakters, ja, zutiefst undemokratischen, totalitären Charakters dieser Technologie.

Es gibt zwei Interpretationsmuster bzw. Folien, auf denen dich sich der gegenwärtig in Japan stattfindende Prozess abbilden lässt, eine völkerrechtliche und eine gesellschaftsanalytische, die beide mit dem Wandel von Souveränitätsstrukturen in modernen Gesellschaften zu tun haben.

Die völkerrechtliche Folie ist die UN-Resolution 1674, die sogenannte „Responsibility to Protect“ („Verantwortung zu beschützen“) vom April 2006. Diese geht auf die Erfahrungen von Ruanda und Srebrenica zurück und schränkt das im Völkerrecht verankerte Souveränitätsprinzip zumindest *de jure* ein. Sie galt als völkerrechtliche Antwort auf die seinerzeit vom UN-Generalsekretär Kofi Annan gestellte Frage: „Wenn humanitäre Intervention tatsächlich einen inakzeptablen Anschlag auf das Souveränitätsprinzip darstellt, wie sollen wir dann auf ein Ruanda, auf ein Srebrenica reagieren – auf schwere und systematische Menschenrechtsverletzungen, die jegliches Prinzip unserer gemeinsamen Menschlichkeit tangieren?“ Die Frage ist, ob dieses „Prinzip unserer gemeinsamen

[1] http://www.tagesschau.de/ausland/japan876.html

Menschlichkeit“, das die völkerrechtliche Souveränität nationaler Regierungen relativiert, sobald diese dieses Prinzip nicht mehr garantieren können oder wollen, nicht ebenso auf Japan und Fukushima angewandt werden müsste – kurz: ob der tödlich gewordene Teil des japanischen Territoriums nicht unter die Verwaltung der Vereinten Nationen gestellt werden müsste.

Vieles spricht dafür dass dies geschehen muss. Denn geschieht dies nicht, wird das zweite Interpretationsmuster, die zweite Folie greifen, auf der sich der Prozess in Japan ebenso abbilden lässt.

Evakuiertes Odaka/Japan 2011

Diese zweite Folie findet sich in den Untersuchungen über die Herrschaftstechniken und Souveränitätsstrukturen in modernen Gesellschaften, die Michel Foucault in Band 1 („Sicherheit, Territorium, Bevölkerung“) seiner „Geschichte der Gouvernementalität“ angestellt hat. Dort wird eine Verschiebung der Dominante der Machttechnologien in unseren Gesellschaften festgestellt. Es geht dabei darum, „dass die Gesamtökonomie der Macht in unseren Gesellschaften dabei ist, zur Sicherheitsordnung zu werden“. Dominant ist heute daher nicht mehr die Souveränität über ein Territorium oder ein sich auf die Körper der Menschen richtendes Disziplinarregime, sondern ein Sicherheitsdispositiv, dass sich auf die Gesamtheit einer Bevölkerung, einer Population richtet.

Es geht um „die Idee der politischen Effizienz der Souveränität“, die im Grunde ständig ein auf die Gesamtheit der Bevölkerung, der Population, gerichtetes Kosten-Nutzen-Kalkül aufmacht. Die ökonomischen und politischen Kosten der Evakuierung eines Teils der Bevölkerung werden gegen die der Opferung dieses Teils in Bezug auf die Souveränität über die Gesamtpopulation gewissermaßen verrechnet. „Die Idee der politischen Effizienz der Souveränität“ ist also ein im dominant gewordenen Sicherheitsdispositiv gesetzter Mittelwert.

Die „Politik der Wahrheit“, als die Foucault seine Philosophie bezeichnet, stellt uns also eine zutiefst ethische Frage. Und ethische Fragen sind immer praktisch, ganz konkret. Bezüglich Japan und Fukushima lautet diese Frage: Setzen wir die staatliche Souveränität in seiner Verschränkung dieser Technologie mit dem Sicherheitspositiv so absolut, dass er das Leben eines Teils seiner Bevölkerung zur Resultante eines Kalküls machen darf? Es wäre ein

zivilisatorischer Fortschritt in den Demokratien, diese Frage eindeutig mit „Nein“ zu beantworten.

Es ist auch einleuchtend, dass sich diese Frage bezüglich des Erdbebens und des Tsunamis in Japan anders stellt, als bezüglich der Atomkraftwerke. Denn die Verwandlung des Territoriums in Todeszonen durch letztere liegt gänzlich in unserer Souveränität, obliegt unserem Einfluss, unseren Entscheidungen. Dass heißt im Grunde genommen auch und in letzter Konsequenz: Der Betrieb eines Atomkraftwerkes ist der ethische Bankrott jedes Staates.

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/fukushimajapan-oder---sicherheit-territorium-bevoelkerung-

der Freitag

26.04.2011 | Robert Zion

Konservatives Delirium – Sicherheit, Dienst, Fehlbarkeit, Schöpfung

Briefe an die Ethikkommission, Teil III.

Unter dem Titel: „Sicherheit neu denken – Was Deutschland aus Tschernobyl und Fukushima lernen muss", hat Bundesumweltminister Norbert Röttgen im *Spiegel*[1] sein Plädoyer für den schnellen Atomausstieg und die Energiewende veröffentlicht – Unter den neuen Vorzeichen des Zusammenbruchs der alten Ordnung, deliriert es eine Art Öko-Theodizee als die Ankunft einer neuen transzendenten Ordnung.

Von Robert Zion

Nein, das Wort „Demokratie" kommt in Röttgens programmatischem Aufsatz natürlich nicht vor. Die Leitbegriffe sind die, die wir seit dem Bestehen der Bundesrepublik als „radikal ökonomischem Gemeinwesen" (Michel Foucault) nur allzu gut kennen: Wettbewerb, Wohlstand, Wachstum. Hinzu kommt nun – und darauf läuft wohl das „Wir haben verstanden" des Konservativismus in der Hauptsache hinaus – eine geradezu metaphysisch-theologische Figur, mit der all den nun absehbaren ökonomischen und technologischen Wandlungsprozessen ein normativer Rahmen gegeben wird. Es lohnt sich, die diesbezüglich zentralen Passagen hier zu zitieren:

„Umweltpolitik muss im 21. Jahrhundert Sicherheitspolitik sein. [...] Wachstum und Wohlstand dürfen nicht auf Kosten der Sicherheit kommender Generationen gehen, sie müssen ihr vielmehr dienen. Dazu gehört auch, die Fehlbarkeit des Menschen neu zu bewerten und anzuerkennen, dass wir die Natur nie völlig beherrschen können. Wir müssen deshalb Sicherheit neu denken. [...] Das ist unsere Verantwortung gegenüber der Schöpfung, das ist unsere Zukunftsverantwortung."

Nicht also, weil die Menschen die Atomkraft und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht mehr wollen, beginnt nun ein neues Zeitalter (für Röttgen der „goldene Weg in die Energiezukunft") – dies wäre ja das Modell der Demokratie und der Republik –, sondern, weil wir plötzlich erkennen müssten, dass wir aus der Schöpfung abgeleitete, fehlbare Wesen sind. Ebenso wird die für die Atomenergie so zentrale Machtfrage abgehandelt, die eben nicht gesellschaftlich und konkret behandelt wird, sondern einfach mit der Bemerkung, man habe „die Macht der Natur unterschätzt". Was aus alledem folgt, ist der schlichte „Dienst" an einer Sicherheit der Zukunft. Die heutige Generation dient einer zukünftigen, das Leben wird auf ein Jenseits seiner selbst verschoben, Verantwortung gibt es nicht im Hier und Jetzt, sondern gegenüber der Schöpfung, also gegenüber etwas, das uns

[1] Der Spiegel, Nr. 17/23.4.11.

immer übersteigt oder aber als „Zukunft“ ohnehin nie gegenwärtig ist – das sind im Übrigen die Ingredienzien einer geschlossene Gesellschaft.

Prinzipien, die aus dem Leben selber folgen und die einen Ökologischen Humanismus oder zumindest eine politische Ökologie begründen könnten? Fehlanzeige.

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit präsentiert uns hingegen eine Theodizee und noch nicht einmal – wie etwa noch Leibniz – eine säkulare. Der deutsche Konservativismus, heißt das, kämpft in dem Augenblick, in dem die Ökologie ins Zentrum des politischen Bewusstseins der Demokratie rückt, um seine Macht und um den Erhalt des alten Ordnungs- und Machtgefüges. Die Beherrschung der Natur, inklusive unserer eigenen, sündigen, ist Misslungen, darum müssen wir uns beherrschen. Das ist keine Politik des 21., das ist im Grunde eine „Politik“ des 13. Jahrhunderts. Weil wir Naturwesen sind, sind wir schuldig *per se*. Für Norbert Röttgen ist die ökologische Frage eine der Ursünde. Aber, welch eine Verachtung für das Leben!

Konsequenterweise müssten Röttgen und die Christlich Demokratische Union dann aber auch den Universalienstreit des ausgehenden 13. Jahrhunderts zwischen den Voluntaristen und den Nominalisten wiederaufnehmen. Bekanntlich zerlegte sich seinerzeit über die Frage, wie weit die Allmacht Gottes über die Schöpfung reicht und diese dann überhaupt noch mit der naturwissenschaftlichen Erkenntnis des Menschen in Einklang gebracht werden kann, das christlich-mittelalterliche Weltbild bis heute in seine Einzelteile.

Darum geht es auch heute gar nicht darum, den persönlichen Glauben zu kritisieren. Dieser ist in einer modernen Republik durch die Religions- und Glaubensfreiheit geschützt. Es geht darum, die ins Private verbannten religiösen Universalien und deren Widersprüche nicht über Parteiungen, quasi über die Hintertür wieder in die Politik einzuführen. Denn solch eine Theodizee führt natürlich heute nicht mehr zu einer religiösen Gesellschaft, sie führt zu einer Verfehlung des Realen und zur Aufrechterhaltung eines im Imaginären verankerten Ordnungsgefüges, dessen Machtdispositive doch gerade die ökologische Krise hervorgebracht haben.

So ist die große Gefahr von Röttgens Öko-Theodizee die Gefahr des Konservativismus schlechthin: Alles wird auf rein symbolische Diskurse über „Wertefragen“ reduziert. Dahinterliegende Fragen der Macht, der Institutionen und der schöpferischen Potenzialität des Menschen selbst werden verdeckt, verleugnet oder „unter der Hand“ und interessengeleitet

untergeschoben. Was bei den Konservativen trotz allen Öko-Geredes bleibt, ist die Großtechnologie als Herrschaftsdispositiv – von Desertec bis zum Offshore-Windpark –, was bekämpft wird, sind tatsächliche Alternativen.

Die Alternativen, was wortwörtlich „die anderen Ursprünge“ heißt, gründen eben nicht in der geglückten oder misslungenen Beherrschung der Natur, sondern in der Natur selbst. In deren Kreisläufen, in deren Mannigfaltigkeit (ein Begriff von Leibniz) und dem, was Henri Bergson einmal deren „Schöpferisches Werden“ genannt hat. So lassen sich nämlich bezüglich der Technologie durchaus einige Grundprinzipien angeben, aus denen die demokratische Gesellschaft seine Technologieanwendung herleiten kann:

- Nie eine Technologie verwenden, deren Auswirkungen sich der Wahrnehmung und der Urteilskraft der Menschen entziehen.
- Nie eine Technologie verwenden, deren Strukturen institutionellen Fortschritt und gesellschaftliche Veränderungen verunmöglichen.
- Nie eine Technologie verwenden, die den schöpferischen Prozess des Lebens in einen der Selbstzerstörung umkehrt.
- Nie eine Technologie verwenden, die die individuelle und institutionelle Selbstbestimmung des Menschen untergräbt.

All diese Verneinungen führen natürlich zu entsprechenden Bejahungen im Umkehrschluss. Jede neue Technologie kann dann an diesen Prüfsteinen gemessen werden. Dazu müssen wir aber wissen, was Wahrnehmung und Urteilskraft des Menschen sind, wie sich unsere Gesellschaften verändern, was der schöpferische Prozess des Lebens ist und wie sich darin Selbstbestimmung ausdrückt. Es ist der Markenkern des Konservativismus, uns davon nichts zu erzählen zu haben. Stattdessen deliriert er im Einklang mit dem Naturbild unserer Technowissenschaften weiterhin seine große Erzählung von Sünde, Ordnung und Macht: gehorchen, um zu herrschen. Für einen Ökologischen Humanismus hingegen kann die Natur nur eine Gefährtin sein.

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/konservatives-delirium--sicherheit-dienst-fehlbarkeit-schoepfung

der Freitag

14.05.2011 | Robert Zion

Links im Ländle

In Baden-Württemberg regiert Grün-Rot. Der konservative Mainstream im Land zeigt sich weitestgehend irritiert, hatte er für die Zukunft die Grünen doch schon auf seiner Seite verbucht. Eine grundlegende Fehlinterpretation der Rolle der Grünen in den anstehenden politischen Veränderungen.

Von Robert Zion

Gleich zu Beginn hat sich Winfried Kretschmann zwei Geniestreiche geleistet. Zum einen mit der Bemerkung, dass „weniger Autos natürlich besser als mehr" seien, zum anderen mit der Forderung, den „Schritt in die Bürgergesellschaft zu wagen." Ersteres ist einfach eine Wahrheit, die jeder Mensch weiß oder wissen müsste, wenn er über die ökologischen Grundlagen unserer jetzigen und zukünftigen Gesellschaft nur ansatzweise nachzudenken beginnt.

Eine Wahrheit ist es aber auch, dass das Industrie- und Exportland Deutschland und erstrecht das Autoland Baden-Württemberg über die erste Wahrheit ein Tabu verhängt haben. Die Offenlegung dieses Widerspruchs ist eindeutig ein Gewinn für die fade und monothematisch gewordene politische Kultur hierzulande. Auch, wenn damit zunächst noch nichts für einen wirklichen ökologischen Fortschritt gewonnen ist – das Aussprechen einer solchen Wahrheit an prominenter Stelle ist aber Voraussetzung dafür, damit irgendwann überhaupt einmal eine Debatte über die unausweichliche Konversion der Industrie entstehen kann. Bei Mappus und Merkel jedenfalls mangelte und mangelt es stets schon an dieser Achtung vor der Wahrheit.

Die andererseits von Kretschmann geforderte Bürgergesellschaft, so der zweite Geniestreich, reduziert sich keineswegs auf den Schwäbischen „Wutbürger" und ist darüber hinaus auch was vollkommen anderes als die von interessierter Seite vielbeschworene „bürgerliche Gesellschaft". Diese erschöpft sich im Wesentlichen im Sich-Einfügung in die Norm eines bürgerlichen Lebens unter Akzeptanz ökonomischer Fremdbestimmung, während jene auf das Sich-Einmischen, die Partizipation und die Selbstbestimmung zielt. Darum auch ist der Wertkonservativismus des Grünen Katholiken und Ex-Kommunisten Winfried Kretschmann keineswegs mit dem Konservativismus von CDU/CSU/FDP zu verwechseln, der sich gerne die Selbstbeschreibung des „bürgerlichen Lagers" gibt.

Schöpferische Entwicklung

Kretschmann ist in Wirklichkeit nun herausragender Repräsentant einer Grünen Partei, die die politische Landschaft in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung unter dem Vorzeichen einer tiefgreifenden ökologischen, sozialen und demokratischen Erneuerung noch einmal im Kleinen abbildete. Denn während sich Konservative, Linke und Liberale in der alten Parteilandschaft aus CDU/CSU, SPD und FDP recht deutlich voneinander geschieden wiedergefunden hatten, bestanden die Grünen immer schon aus (wert-)konservativen, linken und (menschen- und bürgerrechts-)liberalen Strömungen.

Dennoch definiert sich die Partei heute noch insgesamt als links. Und dies nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Pluralität. Auch Joschka Fischer, für den Kretschmann zu Beginn gearbeitet hatte, hat bis zu seinem Ausscheiden aus der Politik darauf bestanden, ein Linker und bei den Grünen in einer linken Partei zu sein. Und in Tat ist die Linke in Wirklichkeit nie etwas anderes gewesen als eine Pluralität, und die Gesamtlinke nie etwas anderes, als eine virtuelle Gesamtheit der Minoritäten. Der Hinweis darauf, aus wie vielen Gruppen und Bewegungen die Grünen eigentlich entstanden sind, aber auch ein Blick in den Grundkonsens der Partei offenbart dies unmittelbar. Dort ist eine starke Menschen- und Bürgerrechtsprägung ebenso zu finden, wie der Satz: "Unsere Ablehnung der sozialistischen Misswirtschaft beinhaltet keine pauschale und automatische Zustimmung zum kapitalistischen Wirtschaftssystem."

Und wer diesen Grundkonsens noch etwas genauer liest, der findet dort sogar Begriffe wie den der „Schöpferischen Entwicklung". Für das gleichnamige Buch erhielt der Philosoph Henri Bergson 1927 den Literaturnobelpreis, ein Buch, das wohl bis heute die tiefgreifendste Kritik der umfassenden Missachtung des Lebendigen in unserer technisch-wissenschaftlichen Denkweise und Zivilisation darstellt. Eine wertkonservative Zivilisationskritik und ein anspruchsvoller Alternativentwurf zugleich.

Sanfte Revolution

Winfried Kretschmann, der eben aus der Pluralität dieser Partei und ihrer aufgewühlten – und zuweilen aufwühlenden – Geschichte kommt, hat aus dieser Geschichte einen Grundton mit ins Amt genommen, der wirklich nachhaltig beeindruckt: den der Gelassenheit. Im Auftreten, in den Bemerkungen bereits am Wahlabend - überall diese Gelassenheit, die zuweilen sogar leicht distanziert bis ironisch, aber immer in sich ruhend und sachlich wirkt. Und in Baden-Württemberg – wie vielleicht auch irgendwann einmal in Bayern – kann es auch nur so gehen, wenn dort einmal die Linke, also die Gesamtheit der Minoritäten regiert. Mit Gelassenheit. Mit einer Art sanften Revolution. Wer die Menschen dort kennt, weiß, dass bei ihnen alles etwas länger dauert, aber dafür umso gründlicher und tiefgreifender vonstatten gehen wird.

Was in Baden-Württemberg mit Winfried Kretschmann funktionieren kann, kann und wird sich aus Sicht der Grünen in NRW, in Niedersachsen, in Berlin oder gar im Bund aber ganz anderes darstellen. Die von den Grünen seit dem Parteitag von Rostock 2009 beanspruchte „Meinungsführerschaft im Mitte-Links-Lager", die sich erstaunlich schnell auch in entsprechenden Wahlergebnissen realisiert hat, sieht in Stuttgart-Degerloch nun mal anders aus als in Berlin-Kreuzberg und noch einmal anders in Gelsenkirchen-Schalke.

Und dies wäre dann auch die einzige Unwägbarkeit, die für die Grünen von Baden-Württemberg ausgehen könnte. Den Erfolg des Wertkonservativen Winfried Kretschmann dahingehend umzudeuten, dass die Grünen nun per se zu Bündnissen mit Konservativen Parteien bereit seien. Dass eine Strömung in der Partei nun zu einem Scharnier würde, mit

dem sich eine Grüne Scharnierpartei in der Nachfolge der FDP in den Dienst der Union als Mehrheitsbeschaffer stellen könnte.

Historische Aufgabe

Für die eher bürgerschaftlichen und bürgerrechtlichen als bürgerlichen sowie für die ökologischen und sozialen Werte der Grünen würde dies aber eine enorme Gefahr bedeuten. Oder, wie der Französische Philosoph Maurice Merleau-Ponty 1949 durchaus machtpolitisch bemerkte: „Machiavelli hatte Recht: man muss Werte haben, aber dies allein reicht nicht, und es ist sogar gefährlich, sich nur daran zu halten; solange man nicht diejenigen ausgewählt hat, die damit beauftragt sind, die Werte in den historischen Kampf einzubringen, hat man noch gar nichts getan."

Angesichts der für die Grünen notwendigen Umstellung einer Lebens- und Wirtschaftsweise - von der Energiegewinnung über die Mobilität und die Lebensstile bis zum Konsumverhalten - , ist der Begriff des "historischen Kampfes" übrigens nicht zu klein gewählt. Nur führt man so einen Kampf natürlicherweise nicht gemeinsam mit dem politischen Hauptgegner.

In Baden-Württemberg jedenfalls, wird damit nun in der Folge der richtigen Auswahl und einer klugen bürgerschaftlichen und politischen Bündnispolitik begonnen werden können. Grün-Rot wird das Land dabei nicht gleich umpflügen wie ein Bauer seinen Acker, um daraus eine ganz neue Gesellschaft wachsen zu lassen. Dieses Schreckgespenst ist wirklich immer nur ein solches gewesen. Links im Ländle, das bedeutet einfach nur aber auch nicht weniger, als den Beginn der Ablösung eines alten, verbrauchten Konservativismus mit seinem einseitigen und dadurch kontraproduktiv und hinfällig gewordenen Fortschrittsbegriff.

Und dies in aller Gelassenheit.

der Freitag http://www.freitag.de/community/blogs/robert-zion/links-im-laendle